

Saale-Beitung.

Zweimundrediglester Jahrgang.

Bezugspreis

Im Halle wöchentlich 2,50 M., bei
vierteljährlicher Bestellung 7,25 M., durch
die Post 8 M., vierteljährlich 2 M.,
einmal jährlich 1 M., ohne Befreiung.
Bestellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen.
Nr. 5382 des a. u. d. B.-B.-G.

Für die Redaktion verantwortlich:
Dr. Oswald Schulze in Halle.

(Verlagsbuchhandlung mit Verlags-, Verlags-,
Kuchelstr. 176.)

Anzeigen

Werbung die Spalte oder deren Raum
mit 20 Pf., solche aus Halle mit
15 Pf. berechnet und in der Expedition,
von weiteren Anzeigenstellen und allen
Anzeigen-Expeditoren angenommen.
Bestellen die Stelle 6 Pf.
Erstein wöchentlich 2 Pfennig;
Sonntags und Montage einmal,
sonst zweimal täglich.

(Der Abdruck unserer Original-Artikel
ist nicht gestattet.)

Nr. 206.

Halle a. d. Saale, Mittwoch den 4. Mai

1898.

Die Steigerung der Getreidepreise.

Aus einer Reihe ausländischer Staaten kommen erste Nachrichten über die Mähtungen, die durch die außerordentliche Steigerung der Getreidepreise hervorgerufen werden. Hier und dort sind schon blühende Zusammenkünfte zwischen den Volksmassen und der Polizei erfolgt. Bereizelt ist schon Militär eingeschritten. Die Getreidepreise in Italien, in Belgien, in den Niederlanden herrschen und eine Hungersnot droht, begründet auf die Anhebung. In einigen Staaten sind sie bereits aufgehoben und von der Berechtigung ihrer Wiedereinführung ist kein Gebrauch gemacht worden, in anderen Staaten steht die Anhebung oder die Parabolierung der Kornpreise ernstlich zur Erörterung. Man weiß, dass die Anhebung des landwirtschaftlichen Preises, hatte die Bewegung gegen die Getreidepreise einen Umfang angenommen, dass die Stellung des Ministerpräsidenten Wölke gefährdet erschien. Dort sind denn auch die Preise bereits suspendiert worden. In einem Lande jedoch macht sich die Folgen des Getreidemangels in dem Maße fühlbar wie in Deutschland. Hier sind, in Anrechnung des Jolles, die Preise höher gestiegen als irgendwo sonst und in weiten Kreisen greift schwere Demüthigung über die Zukunft um sich, denn noch eine ganze Reihe von Monaten trennt uns von der Ernte, und es ist keine Aussicht, dass bis dahin die Hungersnottypen herumgerathen.

Von der Nothlage, die hauptsächlich herrscht, machen sich ankündigende Personen kaum eine Vorstellung. Eine große Menge Mühlen ist bereits in die Nothwendigkeit verlegt, den Betrieb theilweise einzustellen, weil kein Getreide aufzutreiben ist; in einem mittleren Speditionsgeschäft, das eine Reihe von Pferden braucht, geht der Weizenbedarf für hinter in die Hunderte monatlich. Große Verwaltungen, wie beispielsweise die Centralverwaltung in Jöhlen an der Spitze, wird man bei dem nächsten Ent und der nächsten Verwaltungsgeschäft erfahren. Dazu kommt, dass die europäischen Landwirtschaften von diesen hohen Preisen nicht einmal Nutzen hat, denn welcher Landwirt hat keine Getreide zu verkaufen? Das sind dochstens ein paar der größten Grundbesitzer, die auf eine Preissteigerung spekuliren konnten; die große Klasse der Landwirthe hat längst ihr Getreide verkauft, und zwar zu viel billigeren Preisen, als heute zu erlangen waren. Wenn heute ein Berliner Getreidehändler ein paar Segel mit kalifornischem Getreide bekommt, so wird ihm die Waare förmlich entzissen, weil die Mühlen und Verwaltungen kein Getreide haben. An einem Weltmarkt der Weizen hat es an diesem ersten Mai nur 1100 Tonnen Weizen und 5000 Tonnen Roggen zugekauft; an einem Getreidehandelsplatz wie Stettin waren die Bestände gleich Null. Da muß man mit Sorge in die Zukunft blicken.

Vor einiger Zeit ist eine hübsche Tabelle über die Getreidepreise von dem Leiter der Landwirtschaftlichen Centralverwaltung in Berlin erschienen. Es sollte bewiesen werden, daß durch das Vorkommen und das Verbot des Terminhandels die Preisfluctuationen in Deutschland wesentlich gemildert werden seien. Nicht ist abgesehen als diese Behauptung; man braucht nur auf die Preisbewegung hinzusehen, die sich an wichtigen Getreideplätzen Deutschlands vollzogen hat. Die Agrarier haben immer auf die Preissteigerung hingewirkt, die unter der Leitung eines Verordnungsamts steht, in Leipzig aber betrug die Preissteigerung von Ende November bis Ende April 55 M. für die Zone inländischer Weizen. In Deutschland ist das Termingeschäft für Getreide verboten; es besteht also auch nicht in Hannover und Hamburg. In dem gleichen Zeitraum ist an diesen Plätzen der Getreidepreis um 70 und 60 M. gestiegen; dagegen ist er an dem sog. Spielplatz, wo das Termingeschäft florirt, und zwar in New York um 36 M. und in Chicago um 42 M. in die Höhe gegangen. In Deutschland sind daher die Preisbewegungen stärker als im Ausland, in Deutschland wird auch gerade heute jede Veränderung des Weltmarktpreises in potenziertem Maße empfunden, von einem auf den andern Tag verändern sich gegenwärtig hier die Preise sich und maßlos, gerade weil die mitwirkende und ausgleichende Wirkung eines organisierten Termingeschäftes fehlt.

In der Zeit, wo die deutschen Landwirthe Getreide zu verkaufen hatten, blieben infolge der Forderung der Berliner Produktionsvorke und unter dem Einfluß des Terminhandelsverbots die deutschen Preise bedeutend hinter den Weltmarktpreis zurück, so daß also den deutschen Landwirthen die Konjunktur des Weltmarkts nicht voll zugute kam. Inzwischen ist die Preissteigerung in Deutschland viel bedeutender gewesen als im Ausland zu einem Zeitpunkt, wo die Landwirthe nichts mehr zu verkaufen hatten, wo sie vielmehr noch dadurch selbst auf den Einkauf angewiesen waren. Das sind die blühendsten Folgen des Terminhandelsverbots, denn die Regierung gegen ihre ursprüngliche Uebereinkunft aus Nachsichtigkeit gegen die Agrarier zugestimmt hat. Wenn man heute mit der Möglichkeit einer deutschen Weibschmiedung rechnen möchte, so wäre es unmöglich, das Vorkommen auch nur einen Tag länger aufrecht zu erhalten, denn ohne den Terminhandel wäre eine Versorgung der deutschen Arme und des deutschen Volkes mit dem nöthigen Getreide überhaupt unmöglich. Gerade durch das Terminhandelsverbot werden die Extreme in der Preisbewegung immer zu der unglücklichsten Zeit verschärft. Wie jetzt durch den Mangel eines legitimen Termingeschäftes die Preise unnatürlich gesteigert werden, so werden sie bei einer entgegengekehrten Konjunktur unnatürlich gedrückt. Und dann erst werden die deutschen Landwirthe voll empfinden, was das Vorkommen der Agrarier für sie bedeutet.

Genie sind die Verhältnisse so eigenartig, daß die Agrarier

ihren Gläubigern einreden können, das Vorkommen habe ihnen eine Preissteigerung verschafft. Diese Behauptung ist lächerlich; aber nicht jedermann ist in der Lage, sie prüfen zu können. Wenn die Landwirthe sich einbilden, gute Geschäfte gemacht zu haben, so sind die Getreidehändler noch viel besser daran; denn gerade die willkürlichen Spekulationen unter ihnen haben in diesem Jahre ungeheuren Nutzen eingeschrieben. Wenn sie im Anlande an Termin kaufen, ohne sich um Inlande durch Terminverläufe gegen Schaden sichern zu können, so wären sie bei einem erheblichen Rückgang der Preise ruinirt gewesen. Bei der außerordentlichen Preissteigerung dagegen haben jene gewagten Geschäfte zu geradezu beispiellosen Gewinnen geführt. Dazu hat auch die preussische Regierung nicht wenig beigetragen, indem sie die Einführung des Inlandes von Getreide durch die neuen Ausnahmestricke nach Oesterreich wesentlich gefördert hat. In einer Zeit, wo die Getreidepreise noch verhältnismäßig niedrig waren, wurde die Ausfuhr begünstigt, jetzt aber, wo in Deutschland eine Getreidenoth herrscht, muß das Getreide zu viel theureren Preisen wieder eingeführt werden. Man kann also die Regierung von der Mitschuld an den heutigen Verhältnissen nicht freisprechen, wenn ihr auch zu gute gehalten werden muß, daß sie die Herbeiführung einer solchen Nothwendigkeit nicht beabsichtigt und den heutigen Zustand nicht vorausgesehen hat. Aber wie sollen sich die Dinge weiter entwickeln, wenn nicht jene Verhältnisse beseitigt werden, die eine Verzerrung des deutschen Volkes mit Getreide wesentlich erschweren? Jedemfalls lehrte ein einziger Blick auf die heutigen Getreide- und Weizenpreise, wie häufiglich die Anweisung ist, als ob bei den Handelsverträgen die Interessen der Landwirtschaft schöne Preisregeln worden seien. Die Agrarier sollten sich hüten, den Vögen zu trauen zu spannen, die bei der Erörterung der Kornzölle gelangt. Drei Wochen Regenwetter, wenn der Weizen nicht oder erst mit der Kornzölle sind schwermogelhaft. Doch ein paar Monate solcher Strenge und solcher Kornpreise, wie wir sie heute haben, und die Getreidepreise müssen suspendirt werden.

Deutsches Reich.

Sof- und Personalnachrichten.

Berlin, 3. Mai. Nach einer Meldung aus München hat Prinzregent Luitpold folgende Mitglieder des Hofraths des Königs Otto seine geplanten Reisen nach Oberbayern und der Pfalz aufgegeben.

Zur Einigung der Wähler.

Ein bedeutsamer Vorzug vollzieht sich bei der Aufstellung eines Reichstagskandidaten im Wahlkreise Schwarzbürg-Sonderhausen. An Stelle des bisherigen nationalliberalen Vertreters Dr. Pfeffel, der ein Mandat nicht wieder annehmen will, hat der Bund der Landwirthe ohne weiteres einen Agrarier aufgestellt, den Oberamtmann Börner, der sich allerdings ebenfalls der nationalliberalen Partei anschließen will. Ein sehr erheblicher Theil der Nationalliberalen ist aber mit dieser Kandidatur durchaus nicht einverstanden und die im Wahlkreise stark vertretenen Anhänger der freiwirtschaftlichen Vereinigung haben deshalb versucht, sich mit ihnen über eine gemeinsame Kandidatur zu einigen. Dieser Versuch hat vollen Erfolg gehabt. Am Sonntag hat in Arnstadt dem Hauptort des Wahlkreises, der nationalliberale Verein einmütig beschlossen, die agrarische Kandidatur Börner anzunehmen, aber auch auf die Aufstellung eines eigenen Kandidaten zu verzichten und seinen Vereinsmitgliedern wie Parteifreunden die von der freiwirtschaftlichen Vereinigung aufgestellte Kandidatur des Landtagsabgeordneten M. Brömel zu empfehlen. Obgleich auch ein Kandidat der freiwirtschaftlichen Partei aufgestellt ist, hofft man im Wahlkreise doch, daß nach diesen Vorgängen die Liberalen aller Richtungen sich zur Abwehr gegen Agrarier und Sozialdemokraten auf die Kandidatur Brömel einigen werden. Die „Frei. Ztg.“ allerdings bringt die Mitteilung, daß in Arnstadt die freiwirtschaftliche Vereinigung beschlossen habe, für den nationalliberalen Agrarier Börner gegen den Kandidaten der Volkspartei einzutreten. Diese Mitteilung ist aber durchaus unrichtig. Die Frei. Vereinigung im Wahlkreise Schwarzbürg-Sonderhausen hat von Anfang an die Aufstellung einer eigenen Kandidatur angestrebt und dafür den M. Brömel zu gewinnen gesucht. Weit entfernt davon, für den nationalliberalen Agrarier einzutreten, hat somit die freiwirtschaftliche Vereinigung vielmehr gegen den Agrarier einen eigenen Kandidaten aufgestellt, der zugleich der Kandidat des größten Theils aller Liberalen sein wird.

Am Sonntag, den 1. Mai, sind in Wittenberg unter dem Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Langefeld eine, nicht nur aus Wittenberg, sondern auch aus der zweiten Stadt des Fürstenthums, Staßfurt, sowie vom Lande besuchte Wählerversammlung statt, in welcher der bekannte Professor für Volkswirtschaft, Dr. v. Schulze-Gävernitz aus Freyburg i. V., als liberaler Reichstagskandidat einstimmig aufgestellt wurde. Schumann-Pippe wird gegenwärtig im Reichstags durch den Rechtsanwalt Kangerfeld vertreten, der bekanntlich Mitglied der freiwirtschaftlichen Vereinigung ist. Der liberale Wählerverein von Schumann-Pippe hatte sich für die Kandidatur des Prof. v. Schulze-Gävernitz erklärt. Nachdem dies geschehen war, hat die freiwirtschaftliche Partei in der Person des früheren Wäldereisters Witzig in Wittenberg eine Sonderkandidatur proklamirt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß durch diese Kandidatur dem liberalen Kandidaten, obgleich letzterer auch die Unterstützung der Nationalliberalen findet, so viele Stimmen entgegen werden, daß es zu einer Stichwahl zwischen dem Konservativen und dem Sozialdemokraten kommt.

Die Liberalen des Wahlkreises hoffen trotzdem, Herrn Prof. Schulze-Gävernitz, der zugleich Rittergutsbesitzer ist, durchzubringen. Dem Reichstags würde dann eine bedeutende volkswirtschaftliche Kraft, die insbesondere bei allen handelspolitischen Fragen sehr werthvolle Dienste leisten würde, zugeführt. Prof. v. Schulze-Gävernitz wird sich im Falle seiner Wahl der freiwirtschaftlichen Vereinigung anschließen.

Die Männer vom Piesberg.

An den Staatssekretär Grafen Potjomowitsch haben die streikenden Arbeiter vom Piesberge auf Anregung Dr. Bräuns und nach einstimmiger Beschluß folgendes Telegramm geschickt:

„Auf dem Hofsaule zu Osnabrück verbannte 700 Bergleute jeder Konfession, die theils aus der Arbeit entlassen und theils in den Kerker geschickt wurden, weil sie sich weigerten, an den christlichen Feiertagen jeder Konfession andere Arbeit als Notharbeit zu verrichten, übermitteln Ew. Excellenz Dank und freundliche Zustimmung für die Erklärung, daß die Arbeiter billig und gerecht zu behandeln und die Wüthende des Unternehmers nicht das am höchsten zu Erachten sei.“

Die brauen Leute sind sehr naiv, wenn sie glauben, daß Graf Potjomowitsch der Mann ist, der ihren Verdrüßungen irgend welche Rücksichten entgegenbringt. Jeder Streikende ist dem Staatssekretär in der Seele unwillig. Die „Kreuztg.“ weigelt die Bergleute denn auch bereits ab, indem sie aus der Seele des Grafen Potjomowitsch folgende Antwort abfertigen läßt:

„Die von dem Grafen Potjomowitsch am letzten Mittwoch im Reichstags gehaltenen Äußerungen auf die das Telegramm Bezug nimmt, scheinen von den Piesberger Bergleuten doch nicht ganz richtig aufgefaßt worden zu sein. Ohne auf die in dem obigen Telegramm hervorgehobenen Einzelheiten ein besonderes Gewicht zu legen, hat der Herr Staatssekretär offenbar nur zum Ausdruck bringen wollen, daß die Regierung, wenn sie zur Zeit noch ein Sozialistengesetz erlassen wird für ausstehend noch für zweckmäßig hält, an der Fortführung des Sozialreform selbstständig einzuhalten ist und den Arbeiterschlag und der Arbeiterverdrüßung nach wie vor ihre volle Aufmerksamkeit zuwenden will, wie sie das sozialdemokratische Blatt gegenüber in nach wiederholt betont hat.“

„Zur Zeit“ also ist ein Sozialistengesetz nicht geplant, aber vielleicht später — wenn der Reichstag gut wird! Wenn es erst so weit ist, dann werden auch die Piesberger nicht mehr Dank sagen. Denn das neue Gesetz dürfte auch auf Leute ihrer Art mit gemütht werden.

Das sächsische Vereinsgesetz.

Das Aufheben des Verbot des Vereins, nach dem politische Vereine nicht mit einander in Verbindung treten dürfen, ist beabsichtigt von der zweiten Kammer mit der Einführung beschlossen worden, daß Winderbürger und Frauen an politischen Versammlungen nicht theilnehmen dürfen. Die 1. Deputation der ersten Kammer ist damit den Beschluß der 2. Kammer nur insoweit beigestimmt, als sie sich auf den Ausschluß Winderbürger beziehen. Der Deputationsbericht hierüber bezieht sich für sehr wünschenswerth, Winderbürger auch mit Rücksicht auf solchen öffentlichen Versammlungen fernzuhalten, in denen politische Angelegenheiten erörtert werden. Was dagegen die volljährigen Frauen betrifft, so habe zwar auch deren Mitwirkung bei politischen Angelegenheiten unangebracht zu denken; es wäre aber nicht überlegen werden, daß ihnen die Theilnahme an Versammlungen, deren Zweck sich auf öffentliche Angelegenheiten bezieht, unweigerlich ist, und daß es hiermit nicht wohl vereinbar sein würde, wenn ihnen die Theilnahme an öffentlichen Versammlungen untersagt werden sollte. Es komme nun noch hinzu, daß die von der 2. Kammer angenommene Bestimmung, wonach den volljährigen Frauen die Theilnahme an solchen Versammlungen gestattet sein soll, welche lediglich für die Erörterung der besondern Verhältnisse und Landesinteressen der Frauen bestimmt sind, vornehmlich zu vielen Zweifeln Anlaß geben würde, und so sei die Deputation zu der Ansicht gelangt, daß es besser sei, die Frauen ganz unweigerlich zu lassen. Die zweite Kammer wird sich nach den Besprechungen der konservativen Blätter wahrscheinlich mit dieser Meinung des Gesetz entgegenstehen erklären.

Verwaltung und Reichsfrage.

Der Abg. Liebermann v. Sonnenberg ist in einer Sitzung der Firma W. Wertheim vom Landgericht I in Berlin (14. Kammer für Handelsfachen) wegen — Vergleichs wegen das Gesetz zum Schutz gegen unehrenhafte Wettbewerb verurtheilt worden. Der antikenntliche Angeordnete hatte in einer Volksversammlung, die zum Schutze des Mittelstandes gegen die großen Warenhändler einberufen war, behauptet: Eine Dame habe einen Teppich für 75 M. bei Wertheim gekauft und kurze Zeit darauf, als sie eine andere Dame zu Herzog begleitete, dort den nämlichen Teppich für 55 M. gekauft. Als sie den Kauf rückgängig machen wollte, sei ihr das Geld von Wertheim anstandslos zurückgezahlt worden. Liebermann v. Sonnenberg behauptete vor Gericht die Wahrheit der von ihm verbreiteten Erzählung und benannte die Ehefrau des Weinbändlers W. als Käuferin des Teppichs. Die Verwechslung habe sich aber vollständig zu seinen Ungunsten aus. Das Gericht beurtheilte den Abg. Liebermann v. Sonnenberg, die Wiederholung der zum Gegenstand der Klage gemachten Behauptung bei einer Strafe von 500 M. oder entsprechender Haft für jeden Fall der Zuwiderhandlung zu unterlassen, ferner eine Buße von 1000 M. an die Firma W. Wertheim zu zahlen, falls dieselbe diesen Betrag nicht selbst schenkt, und erbot die Verurteilung des Urtheils in mehreren Berliner Zeitungen auf Kosten des Verurtheilten an.

Schule und Kirche.

Das Kuratorium der Allgemeinen Deutschen Wissenschaften-Anstalt für Lehrerinnen und Erzieherinnen

helt seine hantwärtliche Adressverfammlung am 1. Mai im Sitzungssaal des Reichstagsgebäudes ab. Die Zahl der Mitglieder ist auf 3202 gestiegen, die Anwesenheit belief sich auf 1079, 187 3/4. Die Abwesenheit auf 175, 952 1/4. Die Verwaltungsvermögen betragen 9542, 20 M., also nur 1,67 Proz. der Einnahme. Das Vermögen der Reichstagskassen erreichte Ende 1897 die Höhe von 6,029, 147 5/8 M., wovon auf den ausschließlich zur Bestimmung der verstorbenen Reichstagsmitglieder bestimmten Reichstagsfonds 5,602, 822 7/8 M. und auf den Hilfsfonds 465, 324 7/8 M. entfallen. Reichstagsbezogen 14 Mitglieder mit zusammen jährlich 150, 073 3/4 M. Aus dem Hilfsfonds wurden in 59 Fällen einmalige Beihilfen im Betrage von 3235 M. bewilligt, außerdem 20 Beihilfsbeschlüsse von zusammen 657, 20 M.; aus der Kränkeln A. Großmann'schen Stiftung, einem Bestandtheil des Hilfsfonds, konnte 185 Mitglieder ein Beihilfsbescheid für je ein Vierteljahr bis zum Beginn des Jahres 1900 bewilligt werden. Es wurde noch über den Stand der Reichstagskassen Ende April d. J. in die Mitglieder-Versammlung auf 3245 gestiegen. Die Zahl der Reichstagsmitglieder beträgt zur Zeit 543 mit einer Gesamtsumme von jährlich 157, 780 3/4 M. Das Vermögen der Reichstagskassen ist gewachsen um 158, 962, 60 M. und erreicht jetzt die Höhe von 6, 188, 110, 20 M.

Soziale Angelegenheiten.

In Nürnberg wurde die Stadtvorordnetenversammlung den Antrag des Magistrats, zehn Schulärzte für Mittel- und Volksschulen anzustellen, ab.

Deutscher Reichstag.

82. Sitzung vom 3. Mai, 12 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten: Staatssekretär Nieberding. Das Haus ist schwach besetzt. Die Verlesung der Novelle zur Civilprozessordnung wird fortgesetzt.

§ 190 handelt von dem Zustellungsweisen. Abg. Dr. Rintelen (Chr.) beantragt, einen neuen § 190 an hinzuzufügen, welcher den Gerichtsvollzieher bei der Zustellung mehr bestraft. Redner sieht das Schicksal seiner Anträge, welche das Zustellungsweisen betreffen, voraus, begründet dieselben aber eingehend.

Abg. Dr. Winter (N.) tritt bei folgenden Redner, sich in ihren Ausführungen möglichst zu beschränken, da die heutige Tagesordnung unbedingt erledigt werden müsse. Möglichenfalls werde eine Abendigung stattfinden.

Abg. Günther (N.) vertritt sich über das Zustellungsweisen und bittet, die Anträge abzulehnen. Staatssekretär Nieberding: Da das Haus heute, wie der Herr Antragsteller selbst voraussetzt, kaum den Antrag zu fassen werde, so meinte er sich kurz fassen. Er bitte, die Anträge, die in der Praxis nicht anwendbar seien, abzulehnen.

Die Anträge Rintelen werden hierauf mit großer Mehrheit abgelehnt. Auch die Mehrheit des Centrums stimmt dagegen. § 194 handelt von den zu beschleunigenden Evidenzen.

Abg. v. Erlenhofen beantragt, die Wohnstätten hierunter anzunehmen. Nachdem Gehörtsrat v. Erlenhofen sich gegen den Antrag ausgesprochen, wird derselbe abgelehnt.

§ 508 handelt von der Erhöhung der Revisionssumme bei Prozessen vor dem Reichsgericht. Während die Hebung der Revisionssumme bei allen vermögensrechtlichen Streitigkeiten auf 3000 M. festgesetzt werden sollte, geht der Antrag der Kommission dahin, für Ansprüche aus dem Immobilienrecht die jetzige Revisionssumme von 1500 M. beizubehalten und in Rechtsstreitigkeiten, in denen ein Anspruch auf Grund der Vorschriften über die Kirchenbankrott, die Schulbankrott, das Pfandrecht und das Patronat geltend gemacht ist, die Revision ohne Rücksicht auf den Wert auszuheben, im übrigen aber bei vermögensrechtlichen Ansprüchen die Revisionssumme auf 3000 M. festzusetzen.

Die Abg. Träger und Rauffmann beantragen, es sei dem bestehenden Gesetz zu belassen (1500 M. Revisionssumme).

Abg. Träger (Freis. Volksp.) begründet den Antrag, der notwendig sei, weil diese vorgelegene Erhebung die wichtigsten des ganzen Gesetzes, die sich auf die Erhöhung der Revisionssumme bei den Grund-, das Reichsgericht abwärts, ist, ist nicht sichhaltig, denn möge man eben die Senate vermehren. In der ersten Lesung hätten sich fast alle Redner der verschiedenen Parteien gegen die Erhöhung der Revisionssumme ausgesprochen. Gerade der Mittelstand werde durch diese Erhöhung am schwersten getroffen und die Mittelstandsstände müssten eigentlich für den Antrag stimmen.

Abg. Schmidt-Barnburg (Centr.): Er könne sich nicht ohne weiteres kurz fassen, da es sich hier um eine höchst einschneidende Forderung handle, die eine weittragende soziale Bedeutung habe. Er sei ein Freund des Mittelstandes und wisse, wie wichtig für die Familien der Arbeiter eines Prozesses sei. Eine dritte Lesung entspreche nicht der Gerechtigkeit, wenn die Urtheile der beiden ersten Instanzen sich gegenüberstehen. Er werde für den Antrag Träger stimmen.

Abg. v. Enslin (kons.): Es handle sich hier um die Rechtschaffenheit und um die Echnelligkeit der Rechtsprechung. Das Reichsgericht sei überflüssig und Prozesse bei ihm würden Monate lang. Die Zustände seien jetzt unerträglich, die Richter am Reichsgericht seien nicht mehr, so daß die Fällung mit dem öffentlichen Leben verträglich sein müssen. Er bitte den Kommissionsbeschlüsse annehmen zu lassen.

Abg. Gumburg (kons.) erklärt sich für den Antrag Träger. Eigentlich seien ihm 1500 M. schon zu hoch.

Staatssekretär Nieberding tritt auf Ablehnung des Antrages Träger. Die Kommission sei, daß ein einheitlicher Zustand geschaffen werden, namentlich jetzt, wo mit ein einheitliches Recht bekommen. Eine dritte Instanz für die kleinen Leute und kleine Prozesse solle hier nicht geschaffen werden. Man müsse die Sache vom nationalen Gesichtspunkte betrachten. Vor allem müsse das Reichsgericht die Rechtschaffenheit wahren und mit Ueberlegung verfahren werden, deshalb müßten alle freiwilligen Gesichtspunkte zurücktreten. Die Zahl der Senate des Reichsgerichts könne nicht ins Ungeheure vermehrt werden. Er bitte dringend, den Antrag Träger abzulehnen.

Abg. Nintelen (Chr.) polemisiert gegen den Staatssekretär und bemerkt, man müsse den Anforderungen des Volkes Rechnung tragen, die gegen eine Einschränkung der Revision gerichteten seien. Er werde für den Antrag Träger stimmen. Er werde es nicht für besser halten, die Regierungsvorlage anzunehmen, als die Kommissionsbeschlüsse.

Abg. v. Erlenhofen (Chr.) spricht sich für den Antrag Träger aus. Abg. Rintelen (Chr.) weist auf die jetzt schon vorhandenen Widersprüche in den Bestimmungen der verschiedenen Senate des Reichsgerichts hin und hält eine Vermehrung der Senate nicht für angebracht, da dadurch die Rechtschaffenheit gefährdet werde. Er bitte die Kommissionsbeschlüsse anzunehmen.

Abg. Ottmann (N.) steht auf einem entgegengelegten Standpunkt und wird für den Antrag Träger stimmen. Das Reichsgericht könne auch auf andere Weise entlastet werden.

Abg. Rintelen (Chr.) bekämpft den Antrag Träger. Der Antrag wird bei der Abstimmung mit großer Mehrheit abgelehnt.

In der Abstimmung wird der Antrag Träger angenommen, es bleibt also bei der jetzigen Revisionssumme von 1500 M.

Das Haus hat sich inzwischen ziemlich früh gelöst. — Der Reichstagspräsident hat zu dem Ende die im Saal erwidert. Einmal der von dem Reichstag beabsichtigte Reichsbeschluss des Reichsgerichts beantragt.

Abg. v. Enslin (N.), die von der Kommission angenommene Bestimmung wieder zu streichen, wonach bei Streitigkeiten über Kirchen- und Schulbankrott, Pfandrecht oder Patronat

die Revision zulässig ist ohne jede Rücksicht auf den Wert des Objekts.

Der Antrag wird angenommen, ebenso ein weiterer Antrag, der ebenfalls eine Einschränkung der Abhängigkeit des Hauses ist und eine Entlastung des Reichsgerichts anstrebt. § 715 handelt von den nicht pflanzbaren Gegenständen.

Abg. Dr. Böckel (Antik.) beantragt, eine Ueher zu diese Gegenstände aufzunehmen, ferner die Richter der Schriftsteller, die Vertheiler der Kleintheater und Kleingewerbetreibenden zu pflanzbar zu machen. Die Sache ist, diese Dinge nicht zum rein pflanzlichen Standpunkt zu beurtheilen, sondern von dem eines Fremdes des Mittelstandes und der kleinen Leute.

Abg. Gumburg (N.) bittet die Anträge abzulehnen, da sie jetzt bei der Lage des Geldverkehrs inopportun seien.

Daranmit wird § 715 unter Ablehnung der Anträge unverändert angenommen.

Abg. Dr. Böckel hat zu den folgenden Paragraphen noch mehrere Anträge gestellt. Erörterungen über die Pfändungen und schädert die Genußnahmen und Ungerechtigkeiten, die auf Grund der geltenden Gesetze hier fortwährend begangen werden. Auch diese Anträge werden abgelehnt.

Der Welt des Gesetzes wird nicht unerheblicher Debatte unterworfen nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen, desgl. das Einführungsgesetz.

Das Haus nimmt eine Resolution an betr. die Zusammenstellung derjenigen Materien, für welche das Verwaltungsgerichtungsverfahren wünschenswert ist.

Es folgt die Abstimmung über die bisher zurückgestellte Resolution des Abg. Dr. Wächter betr. Vorlegung eines Gesetzesentwurfs, welcher die den Wahlrecht noch entgegenstehenden Beschränkungen beseitigt, sowie über die Resolutionen des Abg. Dr. Lieber, Dr. Säge auf Vorlegung eines Gesetzesentwurfs, durch welchen der § 152 der Gewerbeordnung dahin ergänzt wird, daß Verordnungen und Vereinigungen beider Verbesserung der Lage der Arbeiter und beider Erlangung günstiger Lohnbedingungen gestattet werden.

Die Resolutionen werden angenommen.

Die Resolutionen betr. Einführung des Beschränkungs-nachweises für die Waage werden auf Antrag des Abg. Säge der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen.

Es folgt als letzter Gegenstand der Tagesordnung die zweite Verlesung des Antrags Säge.

Es sprechen bei den ersten Entwürfen nur die Referenten Abg. Singer, Dr. Lieber, Dr. Raacke und Abg. Dr. Vogens, welcher unwirksam bleibt.

Bei der Nachforderung für die Reichsbank weist Abg. von Knorff (N.) auf den nach seiner Ansicht zu häufigen Wechsel des Direktionsrats hin und erklärt, gegen den Direktionsratswechsel können sie nur einen solchen nur jenen gewähren, wenn sie von Vertrauen haben können.

Staatssekretär Graf v. Helldorf bemerkt, man werde die ganze Geschäfteverwaltung der Reichsbank noch besprechen können, wenn es sich um die Verlängerung des Bankprivilegs handle.

Abg. Nicker (Freis. N.) und Abg. Dr. Sauerbrey (N.) erklären, daß sie völlig gegen den Reichsbank haben. Letzterer bemerkt, daß die Reichsbank eines der vorzüglichsten Bankinstitute sei und die Gründe der Disposition auf einem ganz anderen Gebiete liegen.

Abg. Dr. Lieber (Chr.) erklärt, daß die Position nicht geeignet sei, Vertrauen und Vertrauen auszusprechen.

Die Resolution gegen die Einsetzung der Richter genehmigt. Damit ist der Tagesabend erledigt.

Präsident v. Noln nach dem Hause Mitteilung von dem Tode des Abg. Lehner. Das Haus erhebt sich zu Ehren des Verstorbenen von seinen Plätzen.

Nächste Sitzung Mittwoch, 11 Uhr: Kleineere Vorlagen, Interpellation Auer, betr. die Höhe der Gewerbesteuer, § 152 der Gewerbeordnung, Gewerbeordnung, Sachdinge; letztere wird gegen die Stimmen der Freiwillichen auf die Tagesordnung gesetzt.

Schluß 9 1/2 Uhr.

Ausland.

Der spanisch-amerikanische Krieg.

Den militärischen Erfolg der Seeschlacht von Manila überwiegt schon jetzt ihre allgemeine politische Bedeutung. Ausgesprochen betrachtet, ist die am Sonntag bei Cavite gefallene Entscheidung allerdings nicht ausschlaggebend, weil sie an der abgelegenen Stelle des Kriegsschauplatzes erfolgte, und die Möglichkeit ist gewiß nicht ausgeschlossen, daß die Spanier in einer Hauptschlacht die Scharte vom 1. Mai auswächen. Allein der Sieg bei Cavite, wenn Spanien sich ihm vereinzelt Siegen bescheiden sein sollte, diesen Krieg bis zu einem erprießlichen Ende zu führen vermöchte, war von Anfang an hinfällig, und jetzt ist er vollends erschüttert. Auch auf dem parlamentarischen Abend beim Staatsminister Tripiz, wo die Seeschlacht naturgemäß den Hauptgesprächsstoff bildete, ging im allgemeinen die Ansicht dahin, daß bei den veralteten Konventionen der spanischen Flotte vor Manila, zumal dabei noch reichlich Holz verwendet worden ist, der für die Spanier unglückliche Verlauf der Seeschlacht nicht im geringsten überraschen könne.

Der materielle Verlust und die strategische Niederlage vor Manila sei aber für Spanien jedenfalls nicht so bedeutend wie der Scheitern und die Wirkung der Niederlage in Spanien wie in Amerika. Es komme jetzt darauf an, was die von den Kap Verdischen Inseln in See gegangene spanische Flotte ausrichten werde. Daß dieselbe einen Angriff auf New York plane, sei kaum anzunehmen, da der Eingang zum Hafen von New York mit so weit vorgehenden und starken Festungswerken versehen sei, daß es außerordentlich schwer hätte, den Eingang zum New Yorker Hafen zu gewinnen und New York selbst zu bloßlegen oder zu beschließen. Die Bemuthung liegt nahe, daß die spanischen Kriegsschiffe einen nördlicher gelegenen Hafen in Vereinigten Staaten anlaufen würden, um auf diese Weise die amerikanische Flotte aus dem Süden nach dem Norden zu locken und dadurch für Cuba freier Zug zu gewinnen. Wenn dann eine Seeschlacht über deren Ausgang sich vorab nicht verbergen sollte, geliefert werde, wenn man eher von einer verlustreichen oder entsetzlichen Niederlage auf dieser oder jener Seite reden. Den „Sieg“ vor Manila hätte ein einziges deutsches Ueberseeboot von der „Brandenburg“-Klasse mit leichter Mühe erzwungen können. Auch der „Bos. J.“ wird aus Marneureien geschrieben:

Die Niederlage der spanischen Flotte bei Cavite sieht man in maximalen Kreisen gerieben dem Angriff der modernen und großer Kreuzer der Vereinigten Staaten als etwas Selbstverständliches an, da der spanische Admiral Montojo auch nicht über einen geschickteren Kreuzer verfügte, den er hätte dem Feinde mit großer Erfolg gegenüberstellen können. Aus demselben Grunde verdient es volle Anerkennung, daß die spanischen Schiffe überhaupt ein Seegericht mit dem starken, neugebenen Feinde aufgenommen haben, über dessen Ausfall kein spanischer Seemann von Anfang an in Zweifel gewesen sein kann. Die spanische Flotte, die bei den Philippinen und vor allem bei Manila konzentriert war, zählte nicht weniger als 38 Schiffe, von denen nur 16 Kreuzer vorhanden waren. Die wir mit der Gattung Kreuzer III. und IV. Klasse bezeichnen, waren, während der ganze große Rest aus Kanonenjagden bestand, die einen beträchtlichen Geschwärtz überdauert nicht mehr besaßen, zumal da sie in der Mehrzahl noch aus Holz gebaut

waren. Auch die Landbatterien von Manila und Cavite werden den mächtigen Geschützen der Schiffe der Vereinigten Staaten nicht lange Stand halten können, da der Feind bis zu 20 cm starke Hinterlader an Bord hat. Der amerikanische Vortrefflichkeit bei den Philippinen erweist sich somit als seine besondere Leistung, jeden Selbstvertheidigung muß er als etwas selbstverständliches erwidern.

Der amerikanische Gesandte in Paris erklärte gestern dem französischen Minister des Auswärtigen, dass er die Philippinen seien in der Gewalt Amerikas; doch gebe er Mac Kinley die Philippinen nicht einzuweichen, sondern Spanien zurückzugeben, falls es sofort auf Cuba verzichte. Spanien verweigerte hierin den spanischen Vorkämpfer. Man wird sicherlich gut thun, sich dieser Nachrich gegenüber einigermaßen skeptisch zu verhalten. Jedemfalls taucht im fernsten Osten aus dem Aufbruch von Manila der amerikanische Sieger als sehr ungemüthlicher Gast auf, als Einbringender, der sich in den neuen und streitigen Interessenfeldern der europäischen Mächte festzusetzen droht. Deutschland, England, Rußland und Frankreich haben kaum noch in ihren Erwerbungen am Stillen Ocean Fuß gefaßt, sie beobachten einander mit ängstlichen Mißtrauen, das weit entfernt ist von der Seltsamkeit, welche der deutsche Staatssekretär v. Bismarck sehr empfehlend in dem Sinne zu veranschaulichen suchte, daß Port Arthur und Weihaiwei zwei Feinden seien, von denen aus Rußland und England der Spiel der Welten im Golf von Persien beobachten. Und nun ist plötzlich der Amerikaner da, der sich ansetzt, seine große, plumpe, starke Hand auf die Philippinen zu legen. Da handelt es sich nicht mehr um sentimentale Teilnahmsnahme an dem übertriebenen Spaniens, sondern um die sehr reale und in der westlichen Welt ganz unmittelbar herbeiziehende Möglichkeit, daß ein neuer gefährlicher Konkurrenz sich breit und anstandslos zu ihnen an den ostasiatischen Tisch legt, den sie nach so vielen diplomatischen Zügen und Gegenzügen für sich gebekt haben. Und was bedeutet Kautschuk, Port Arthur, Wei-hai-wei im Vergleich mit einer beherrschenden Position aus dem üppig fruchtbaren Philippinen.

Das Spiel der Welten ist in der That diesmal nicht als ein geistreicher Euphemismus gegen das Spiel der Mächte. In ausschließlichen Ringen sucht Spanien den Rest seiner Kolonien zu besetzen, zu den Flaggen der europäischen Großmächte aber gestellt sich gleichzeitig das Sternchen, um an Stelle der abgewirtschafteten spanischen Kolonialmacht neben den neuen Konquistadoren im Stillen Ocean sich aufzustellen. Neben ihnen und vielleicht auch gegen sie. Das letzte Ueberbleibsel des europäischen Mittelalters da draußen weit im östlichen Ocean geht zur Reize, es weicht der neuen Zeit, an der auch die neue Welt ihren Antheil zu reklamieren beifügen sein könnte. Und wie ein dumpfes Signal des nahenden Entscheidungskampfes nicht etwa zwischen Spanien und Amerika, den Graf Goluchowski in der vorigen Delegation probierte, hört sich der Konventionen an, der am 1. Mai die Nacht von Manila erfüllte. Ist es da nicht begründet, daß in den europäischen Staatskanzleien der Gedanke einer neuerlichen Intervention erweckt wird, einer Intervention, die den spanisch-amerikanischen Krieg abschließt, bevor er auf eine neue amerikanische Seite der europäischen Mächte in seinen Feuerkreis zieht? Es hat doch an Zeichen nicht gefehlt, daß schon die erste militärische Intervention durch dieses Motiv beeinflusst war; wenn Deutschland und Rußland bald mit bestimmtem Nachdruck ihr ausschließliches Interesse an Menschlichkeit und Civilisation betonen. England wiederum nicht unentbehrlich zu verstehen gab, daß seine Sympathien auf amerikanischer Seite seien, so war dies unidner aus der Perschiedenheit ihrer ostasiatischen Position zu erklären. Nun aber hat Amerika vermöge des Sieges vor Manila das Postament für die jeinige fast gleich im Weg, und weit über die spanisch-amerikanische Kriegesjahre hinaus wäpft plötzlich der besängstigte Schatten des neuen Anwärter auf einen Platz an der ostasiatischen Sonne.

Der Sudanfeldzug.

Die Kunde, die in den Operationen der anglo-ägyptischen Armee eingetreten ist, wird, wie nunmehr feststeht, bis zum Anfang des August führen. Bis zu diesem Zeitpunkt wird in den Stellungen der Truppen keinerlei Änderung vorgenommen werden. Ueber den Zeitpunkt, bis zu dem das Ziel des Feldzuges, die Einnahme von Khartoum (Sudans), erreicht werden kann, lassen sich leider nicht mit allgemeiner Bestimmtheit aufstellen. In militärischen Kreisen ist man aber überzeugt, daß dieser Hauptschlag der Expedition nicht später als in der ersten Hälfte des Monats Oktober geführt werden wird. In engem Zusammenhang mit den Aufgängen und den Erfolgen dieser Campagne steht der Bau eines Eisenbahnen-Netzes, welches die Einnahme von Khartoum bis zu dem Abbruch weiterzuführen wird. Die betreffenden Arbeiten dürften ungefähr acht Wochen in Anspruch nehmen. Vorläufig wird damit der Endpunkt dieses Schienenstranges erreicht sein. Ein weiterer Ausbau kann erst erfolgen, wenn eine Brücke über den Abbruch hergestellt sein wird, und an dieser Stelle wird man sich nach der Beendigung des Khartoum-Schienenstranges richten. In Khartoum werden jetzt die Schiffe, welche die Kanonenboote während der bisherigen Campagne erlitten haben, ausgebessert, welche Arbeit vom Geniemajor Gordon übernommen wird. Der Sirak-Raiders weilt gegenwärtig in Wady Halfa, von wo er sich nach Berber begeben wird. Die in der Schlacht am Abbruch verwundenen Offiziere befinden sich ziemlich gut, mit Ausnahme des Majors Rodier von den Cameron-Regimenten, dessen Zustand besorgniserregend ist.

Oesterreich-Ungarn.

In österreichischen Abgeordnetenhaus beantwortete Ministerpräsident Graf Tschann gestern die Interpellation Bunte Nr. 1000 vom 24. April. Er erklärte, daß auf dem genannten Tage einzelne bedeutsame Aus-schreitungen, auch gegen Angehörige der deutschen Nationalität vorgekommen seien, den betreffenden Ausschreitungen habe aber nicht, wie einzelne Blätter behaupten, ursprünglich ein nationales Moment zu Grunde gelegen. Der Ministerpräsident hat eine Erklärung der Reichsregierung und weist darauf hin, daß außer der Schließung des Restaurants „Deutsches Haus“ auf diesem Tage keine Eigentumsbeschädigung vorgekommen und außer einem inhaltlich angegriffenen, aber nicht verletzten Studenten auch keine weitere Verhöhnung vorgekommen sei, obgleich an diesem Sonntag in Prag ein Dummel von 120 Couleurenten stattfand. Die Polizei sei strengstens angewiesen, die hartnäckigen Studenten gegen etwaige feindselige Angriffe zu schützen. Die gegen die Behörden erbobenen Vorwürfe seien ungegründet. Mit Rücksicht auf die dem Ministerpräsidenten persönlich bekannten Thatsachen des Statthalter v. Sodenbove weicht der Ministerpräsident entschieden die gegen den Studenten erbobenen Vorwürfe der Reichsregierung, die hartnäckigen Studenten gegen etwaige feindselige Angriffe zu schützen. Die Regierung verurtheilt schriftlich die Störungen der Ruhe und Ordnung, welche trotzige Begleiterscheinungen des beiderseitig geschützten Nationalhofes und nationaler Unruhefreiheit seien, und erwidert sich für verpflichtet, jede Verletzung der persönlichen Freiheit und des Eigentums, wie Verhöhnung

Neu aufgenommen.

Waschkleiderstoffe

in nur aparten und waschechten Dessins.

Adolf Sternfeld,

Kleinschmieden 6.

**Moderne
Zimmeruhren**
in großer Auswahl.



Wanduhr mit La. Duaf. Schlagwerk wie 20 Mart Abbildung empfiehlt
Paul Maseberg
Uhrmacher, Gr. Ulrichstr. 48.
Illust. Katalog folientos.

Stück jede von mir gefasste Uhr garantire 2 Jahre.

Jede Uhr von mir gefasste Uhr garantire 2 Jahre.

10



complett bespannte Equipagen (darunter zwei vierspännige) und

120 Pferde

(darunter 10 gesattelte und gezäumte Reitpferde sind die Hauptgewinne der

21. Stettiner Pferde-Lotterie

Ziehung unwiderruflich am 17. Mai 1898.

Loose à 1 Mark, 11 Loose für 10 Mark (Porto und Gewinn-Liste 20 Pf. extra) empfiehlt und versendet das mit dem General-Vertrieb der Loose betraute Bankhaus

Carl Heintze, Berlin W.,

Unter den Linden 3.

Es empfiehlt sich, die Bestellungen durch Postanweisung möglichst frühzeitig zu machen, da die Loose kurz vor Ziehung stets vergriffen waren.

Paul Maseberg,

Uhrmacher,
Gr. Ulrichstraße 48.

Empfehle meine
Special-Fabrikate:



2 Jahre reelle Garantie.

2 Jahre reelle Garantie.

Goldene Herren-Uhren
mit Präzisionswerken
von 50 Mart bis 1500 Mart.

Goldene Damen-Uhren,
10 Rubis, 18 Mart.

Präzisions-Uhren
in Silber

Präzisions-Uhr Glasblüte,
65 Mart bis 120 Mart.

Präzisions-Uhr Geneva
mit Zieruhr-Gangtabelle, 60 Mart.

Präzisions-Uhren diamant,
Saphire 45 Mart,
offen 40 Mart.

Präzisions-Uhren Universal,
Saphire 36 Mart,
offen 30 Mart.

Präzisions-Uhren Patria,
10 Rubis, Gültiger, 15 Mart.

**Gewöhnl. Schweizer
Taschenuhren,**
in Silber 12 Mart,
in Stahl 6 Mart.

Meist als

1000

Taschenuhren
sind am Lager vorhanden.

Reparaturen
an jeder Art Uhren
sauber und billig.

— Illust. Katalog folientos. —

Brandapparate

empfehle in vorzüglicher Qualität unter Garantie für beides Gültigen von 7 Mart bis 15 Mart in größter Auswahl. Nach auswärts franco!

Nur Gr. Ulrichstr. 24. **Paul Simon** Kunstmagazin.

Linoleum
sämtliche Marken.
Wachstuch.
Rouleaux.
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Lieferung gratis.

Halle a. S.
Gr. Ulrichstr. 25.
12 Geschäfte.

Gebr. Untermann.

Überzeugen Sie sich, dass meine **Fahrräder** u. Zahnradtheile die besten und dabei die allerbilligsten sind. Wiederverkäufer gesucht. Illust. Katalog gratis & franco. **August Stukenbrok, Einbeck** Deutschlands größtes Special-Fahrrad-Versand-Büro.

Junker & Ruh-Gaskocher
aller Art. Mit aufsetzbarem und umlegbarem Bratofen. D. R. G. M.

Doppelbrenner m. einem Hahn D. R. P.
Verblüffend geringer Gasverbrauch. Preislisten gratis u. franco. Niederlage: **Hempelmann & Krause,** Kleinschmieden 5.

Regen-Sonnen-Kinder-Schirme
in Salzfelle, schattig etc. von 125 Mart an in großer Auswahl empfiehlt die Ziermalerin von **L. M. Werkmeister,** Leipsiger Str. 16.

Putz. Emma Guth,
Streiberstrasse 6.
Lager sämtlicher Putzartikel.

Schleifchen Sträußelbuden
vorräthig feinstes deutsches Backlings-Gebäck etc. Reichthum des Kaisers,
nicht Stroh'schen Backbuden, vanilla, unübertroffene Specialität, feinsten geriebener **Apfels- u. Nohlnudeln,** feinste Saffelche u. Berliner **Knäpfnudeln** von feinsten Zahnenbutter, **Biscuit-, Choccolato- u. Makronenzwieback,** allerlei Sorten-Ausfärbung
Specialität:
Nusstorten.
Sonntag von früh an **frischen Speckbuden** empfiehlt
Carl Koch,
Gereystraße 1,
— Bernauerstr. 531. —

Kunst-Eis
aus Leitungswasser. Bei Abholung größerer Mengen aus der Brauerei Preis im Mai per Ctr. Mt. 1.—
Freyberg's Brauerei.

C. H. Naundorf
Gr. Märkerstraße 3. Fernsprecher 659.
Glas, Porzellan, Steingut
engros & detail.
Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer und Wirthe.
Specialität: **Einrichtungen für Restaurants, Hôtels, Private.**
Nur tadellose Waare bei beiden Preisen!

Lager fertiger **Zimmerthüren** nebst Futter, Bekleidungen etc.
Ernst Gerecke,
Halle a. S.,
Thurmstraße 151.

Gänsefedern 80 Pfg.
eine (zum Weihen) etc. Plumb: Gänsefedern liefern 10 wie sie aus der Hand sein, voll fertig, handbreit Gänsefedern Plumb 2 Pf., böhmisches Gänsefedern Plumb 3 Pf. 250 Stk., russische Gänsefedern Plumb 3 Pf. 250 Stk., böhmisches weiche Gänsefedern Plumb 500 Stk. (von letzteren beiden Sorten 3 Loh 4 Pfund zum großen Dierbett völlig ausreichten) verkauft geg. Nachnahme (nicht unter 10 Mark) **Ernst Lesing, Berlin W.,** Ringstraße 46. Verpackung nach nicht berechnet. Viele Anerkennungs-schreiben, Briefen u. Brief. aus. Siedens. u. A. unten ist gefast.

Die beste Feder:



Aug. Weddy,
Leipziger Strasse 22.

Altenidewaren
als Rathgeber:
Serviettenringe, Becher, Kinderbestecke, Spardüsen, Löffel etc.
F. H. Tittel,
Zuckerstraße 3.

Wasch-Kleidung für Knaben und Mädchen Geschw. Jüdel

in allen Preislagen und denbar größter Auswahl empfiehlt
Leipziger Straße 101
Bazar für Kinder-Bedarfsartikel.
Mit 3 Weißfärrern.

Für den Anzeigentheil verantwortlich: W. König in Halle. Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel.